

Ressort: Lokales

Niedersächsische Regierung für Reform der Atomenergie-Verwaltung

Hannover, 06.07.2014, 15:58 Uhr

GDN - Die niedersächsische Landesregierung fordert einen weitgehenden Umbau der deutschen Atomenergie-Verwaltung. In einem Schreiben an die zuständige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) kritisiert Landes-Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) das neue Endlagersuchgesetz, berichtet der "Spiegel".

Es löse bekannte Probleme nicht und behindere einen "Neubeginn". Wenzel schlägt die Gründung einer Bundesagentur vor, in der die Atomaufsicht sowie die Suche und der Betrieb von Endlagerstätten gebündelt werden sollen. Die "Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH" solle aufgelöst werden; das Bundesamt für Strahlenschutz und das laut Endlagersuchgesetz geplante Bundesamt für kerntechnische Entsorgung sollten zu einer Art Superbehörde mit Sitz in der Region Braunschweig verschmelzen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-37371/niedersaechsische-regierung-fuer-reform-der-atomenergie-verwaltung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619